

Warum entschlossen sich die Kriegstreiber gerade in diesen Tagen zu ihrer faschistischen Provokation gegen die Deutsche Demokratische Republik? Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hatte am 11. Juni Maßnahmen beschlossen, die zu einer weiteren Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik führen und den Kampf um die Einheit Deutschlands, die Verständigung der Deutschen untereinander wesentlich fördern werden. Sie hatte, um eine entschiedene Hebung der Lebenslage der Werktätigen, vor allem auch der Arbeiter, in der Deutschen Demokratischen Republik herbeizuführen, eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, unter anderem die Konsumgüterproduktion zu steigern und die private Initiative des Handwerks, der kleinen und mittleren Industrie durch Gewährung von Krediten und Zuteilung der notwendigen Rohstoffe und Materialien breit zu fördern. Sie hatte die Überspitzungen in der Finanzpolitik auf dem Gebiet der Fahrpreistarife und der Sozialversicherung rückgängig gemacht. Den Republikflüchtigen, darunter auch den Großbauern, wurde die Rückkehr freigegeben und dazu ihr beschlagnahmtes Vermögen; Tausende von Verhafteten wurden entlassen. Von den Oberschulen verwiesene Lehrer und Schüler wurden wieder zugelassen. Die Zonengrenzen und die Sektorengrenzen in Berlin wurden weit geöffnet.

Die Wirkung der Beschlüsse des Politbüros und der Regierung in allen Teilen Deutschlands gestaltete die Position der Kriegstreiber noch schwieriger und veranlaßte sie, den von langer Hand vorbereiteten Tag X kurzfristig zu provozieren.

Partei und Regierung hatten die Korrektur der bisherigen politischen Linie der Deutschen Demokratischen Republik eingeleitet, weil diese Linie nicht zu einer schnellen Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik führte und dem gesamtdeutschen Kampf um Einheit und Frieden nicht entsprach. Das Politbüro hatte festgestellt, daß die Gesamtlage den bisher für richtig gehaltenen Kurs in einem neuen Licht erscheinen ließ. Als Führung einer marxistisch-leninistischen Partei hatte das Politbüro seine Erkenntnis öffentlich mit geteilt, auf die im letzten Jahre begangenen Fehler verwiesen und der Regierung erste Maßnahmen zur Korrektur der Fehler empfohlen. Nun war es gerade dabei, den Gesamtplan zur Verbesserung der Lebenslage der Werktätigen auszuarbeiten und dem Zentralkomitee zur Bestätigung zu unterbreiten. In diesem Augenblick entschlossen sich die westlichen Agenturen zum